



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

163. Sitzung, Montag, 21. August 2006, 9.15 Uhr

Vorsitz: *Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 11830
- Zuweisung von neuen Vorlagen Seite 11830
- Eingang einer Petition Seite 11832
- Glückwunsch zum Geburtstag Seite 11832
- Glückwünsche zur Geburt Seite 11832
- Todesfälle Seite 11832
- 475 Jahre Kappeler Landfrieden Seite 11866
- Konstituierung des Regierungsrates Seite 11843
- Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage* Seite 11832

2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Ernst Knellwolf, Elgg Seite 11834

3. Ablegung des Amtsgelübdes des neuen Mitglieds des Regierungsrates

für die aus dem Regierungsrat zurückgetretene Dorothee Fierz Seite 11835

4. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Staat und Gemeinden

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Matthias Gfeller (Antrag der Interfraktionellen Konferenz)
 KR-Nr. 213/2006 Seite 11836

5. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Jürg Stünzi (Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

[KR-Nr. 214/2006](#) Seite 11837

6. Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte

Motion Werner Honegger (SVP, Bubikon), Ernst Meyer (SVP, Andelfingen) und Inge Stutz-Wanner (SVP, Marthalen) vom 27. März 2006

[KR-Nr. 99/2006](#), Entgegennahme als Postulat, keine materielle Behandlung Seite 11837

7. Rahmenkredit für die Entwicklungshilfe aus dem Lotteriefonds

Motion Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich) und Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon) vom 24. April 2006

[KR-Nr. 121/2006](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung Seite 11838

8. Busbeschleunigung Maur–Fällanden–S-Bahnhof Stettbach

Postulat Richard Hirt (CVP, Fällanden), Heinz Jauch (EVP, Dübendorf) und Peter Anderegg (SP, Dübendorf) vom 24. April 2006

[KR-Nr. 124/2006](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung Seite 11838

9. Kostenpflichtige Tests in der Lehrlingsselektion der kantonalen Verwaltung und kantonalen Betriebe

Dringliches Postulat Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden), Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti) und Esther Guyer (Grüne, Zürich) vom 22. Mai 2006

[KR-Nr. 146/2006](#), [RRB-Nr. 942/28](#), Juni 2006 (Stellungnahme)..... Seite 11839

10. Pilotprojekt Anonymisierte Bewerbungsunterlagen: Mehr Chancengleichheit auf dem Lehrstellenmarkt

Dringliches Postulat Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden), Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti) und Esther Guyer (Grüne, Zürich) vom 22. Mai 2006
 KR-Nr. 147/2006, RRB-Nr. 932/28. Juni 2006 (Stellungnahme).....

Seite 11839

11. Reformkommission

Parlamentarische Initiative Carmen Walker Späh (FDP, Zürich), Katharina Weibel (FDP, Seuzach) und Regula Thalmann-Meyer (FDP, Uster) vom 28. November 2005

KR-Nr. 332/2005..... Seite 11854

Verschiedenes

– Fraktions- oder persönliche Erklärungen

- *Persönliche Erklärung Samuel Ramseyer, Niederglatt zum Votum von Ralf Margreiter*..... Seite 11850
- *Erklärung der SVP-Fraktion zur Straftat eines Straftäters im Urlaub* Seite 11861

– Rücktrittserklärungen

- *Rücktritt von Ernst R. Sturzenegger als Schiedsrichter im Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten*..... Seite 11862
- *Rücktritt von Martin Burger als Ersatzoberrichter* Seite 11863
- *Rücktritt von Hugo Buchs aus der Kommission für Staat und Gemeinden*..... Seite 11863
- *Rücktritt von Josef Wiederkehr aus der Geschäftsprüfungskommission* Seite 11864
- *Rücktritt von Urs Hany aus dem Kantonsrat*..... Seite 11864

– Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 11866

Geschäftsordnung

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Das Wort wird nicht verlangt.
Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf 16 Anfragen zugestellt. [KR-Nrn. 120/2006, 126/2006, 127/2006, 128/2006, 129/2006, 130/2006, 131/2006, 132/2006, 134/2006, 138/2006, 139/2006, 141/2006, 142/2006, 150/2006, 151/2006, 160/2006, 165/2006, 206/2006.](#)

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

- **Stromversorgung im Kanton Zürich nach 2020**
Ergänzungsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat zum dringlichen Postulat [KR-Nr. 160/2004, 4263b](#)
- **Bewilligung eines Rahmenkredits des Zürcher Verkehrsverbunds für die Fahrplanperiode 2007/2008**
Beschluss des Kantonsrates, [4334](#)
- **Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr**
Beschluss des Kantonsrates, [4335](#)

Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

- **Änderung des kantonalen Steuergesetzes (Verfahren betreffend Steuerhinterziehung)**
Beschluss des Kantonsrates zur Einzelinitiative [KR-Nr. 308/2004, 4328](#)
- **Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing für 2007 bis 2010**
Beschluss des Kantonsrates, [4340](#)

Zuweisung an die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit:

- **Polizeigesetz (PolG)**

[4330](#)

Zuweisung an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit:

- **Gesetz über die Anpassung des kantonalen Rechts an das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts**

[4331](#)

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Raumplanungsbericht 2005, [4332](#)**

Zuweisung an die Justizkommission:

- **Genehmigung der Verordnung des Obergerichts über die Anwaltsgebühren (AnwGebV)**

Beschluss des Kantonsrates, [4333](#)

Zuweisung an die Geschäftsprüfungskommission und zum Mitbericht an die Kommission für Bildung und Kultur:

- **Genehmigung des Jahresberichts der Zürcher Fachhochschule für das Jahr 2005**

Beschluss des Kantonsrates, [4336](#)

Zuweisung an die Finanzkommission:

- **Bewilligung eines Beitrags aus dem Lotteriefonds an die Zürcher Festspielstiftung zur Weiterführung der Zürcher Festspiele 2007 bis 2009**

Beschluss des Kantonsrates, [4337](#)

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur und zum Mitbericht an die Kommission für Planung und Bau:

- **Bewilligung eines Kredits für den Vermieterausbau in der Liegenschaft Sihlpost (Baufeld A) für die Pädagogische Hochschule Zürich**

Beschluss des Kantonsrates, [4338](#)

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

- **Kostenverschiebung durch Sanierungsprogramm 04**

Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat zum Postulat [KR-Nr. 102/2003, 4339](#)

Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 162. Sitzung vom 10. Juli 2006, 8.15 Uhr.

Eingang einer Petition

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Mit einer Eingabe an den Kantonsrat äussert sich Kurt Brunner, Zürich, zu zwei Regelungen des geltenden Steuergesetzes: zu den zu kurz bemessenen Einsprachefristen und zur Zwischentaxation im Todesfall. Die Eingabe wird als Petition entgegengenommen. Sie liegt im Rathaussekretariat zur Einsicht auf und wird von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben bearbeitet und ihr zur abschliessenden Beantwortung innert sechs Monaten überwiesen. Sie sind damit einverstanden.

Glückwunsch zum Geburtstag

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ich gratuliere Ernst Brunner zu seinem heutigen Geburtstag.

Glückwünsche zur Geburt

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Am 3. August 2006 wurde in Winterthur Til Joachim geboren. Er ist das fünfte Kind unseres Ratsmitglieds Cécile Krebs. Ich wünsche der jungen Familie viel Freude und Erfüllung und gratuliere Cécile Krebs ganz herzlich zu ihrem Jüngsten. Den Kuschellöwen des Kantonsrates werden wir ihr zuhänden ihres Sohnes überreichen, sobald sie wieder unter uns ist.

Ich gratuliere schliesslich unserem Ratssekretär Jürg Leuthold zur Geburt seiner Enkelin.

Todesfälle

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Unser Dasein bringt nicht nur Freude, sondern auch Trauer. Während den Sommerferien sind unseres Wissens zwei ehemalige Ratsmitglieder verstorben.

Ende Juli 2006 ist der frühere Kantonsrat Armin Frei aus Kloten im Alter von 70 Jahren verstorben. Der Sozialdemokrat, Wohnbauförderer und aktive Gewerkschafter gehörte unserem Parlament von 1975 bis 1983 als Vertreter des Wahlkreises Bülach an. Dabei wirkte er un-

ter anderem als Mitglied der Finanzkommission und gewann als integre Persönlichkeit über die Fraktionsgrenze hinweg kollegiale Anerkennung. Armin Frei ruht nun auf dem Friedhof in Kloten. Wir gedenken des Verstorbenen in Dankbarkeit für seinen Einsatz zu Gunsten unseres Kantons. Den Hinterbliebenen spreche ich das herzliche Beileid des Kantonsrates aus.

Vor zehn Tagen ist der frühere Kantonsrat Christian Specker aus Zürich im Alter von 84 Jahren verstorben. Christian Specker hat die CVP im Kantonsrat von 1967 bis 1971 vertreten. Der Verstorbene war auch 22 Jahre lang Bezirksrichter. Während vielen Jahren amtierte er in der Zentralschulpflege und der Aufsichtskommission einer Mittelschule. Im Kantonsrat befasste er sich in 12 Spezialkommissionen vorab mit Bildungspolitik. Christian Specker wurde vergangenen Donnerstag im Friedhof Rehalp beigesetzt. Wir gedenken des Verstorbenen in Dankbarkeit für seinen Einsatz zu Gunsten unseres Kantons. Den Hinterbliebenen spreche ich das herzliche Beileid des Kantonsrates aus.

475 Jahre Kappeler Landfrieden

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Wir werden die Ratssitzung heute um 11 Uhr schliessen, denn heute findet die Feier des 475. Jahrestags des Kappeler Landfriedens statt. Die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sind dazu von der reformierten, der katholischen und der christkatholischen Kirche des Kantons Zürich eingeladen worden. Die Busse, die uns um 11 Uhr nach Kappel fahren, stehen auf der Rathausbrücke. Ratsmitglieder, die sich kurzfristig auch noch anschliessen wollen, sind dazu herzlich willkommen.

Wir werden in der Kirche zu Kappel zwei Trouvaillen sehen können, nämlich die Waffen des Reformators Huldrych Zwingli. Diese Waffen sind dem Kanton Zürich im Jahr 1848 vom Kanton Luzern hier in diesem Rathaus feierlich übergeben worden. Ausserdem ist eine Originalurkunde ausgestellt, die vom November 1531 datiert, und aus der hervorgeht, dass mit dem Ausgang des zweiten Kappeler Kriegs im Monat zuvor die religiösen Streitigkeiten beigelegt sein sollen. Dieses Dokument besiegelte den Kappeler Landfrieden, dessen wir heute gedenken. Das Landesmuseum und das Zürcher Staatsarchiv haben uns dies ermöglicht, was ich hiermit herzlich verdanke.

Sie sehen, wir werden heute Nachmittag nicht nur kirchlich, sondern auch politisch und historisch verwöhnt werden und selbstverständlich auch kulinarisch.

2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Ernst Knellwolf, Elgg

Ratssekretär Raphael Golta: Verfügung der Direktion der Justiz und des Innern vom 20. Juli 2006:

«Gestützt auf § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003 (GPR) wird verfügt:

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis XV, Winterthur-Land, wird für den auf den 3. Juli 2006 zurückgetretenen Ernst Knellwolf (Liste Schweizerische Volkspartei) und anstelle des Ersatzkandidaten Jakob Müller, Rickenbach, welcher eine Wahl abgelehnt hat, als gewählt erklärt:

*Irene Minder-Roost, Verwaltungsassistentin,
Strehlgasse 2, 8472 Seuzach.»*

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Frau Minder, die Direktion der Justiz und des Innern hat Sie als Mitglied des Kantonsrates für gewählt erklärt. Bevor Sie Ihr Amt ausüben können, haben Sie gemäss Paragraf 5 des Kantonsratsgesetzes das Amtsgelübde zu leisten. Die Tür wird geschlossen. Der Rat, die Pressevertreter und die Tribünenbesucher erheben sich.

Ratssekretär Raphael Golta verliest das Amtsgelübde: «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Frau Minder, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen «Ich gelobe es».

Irene Minder (SVP, Seuzach): Ich gelobe es.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ich danke Ihnen und heisse Sie herzlich willkommen. Sie können Ihre Arbeit aufnehmen. Der Rat, die Medienvertreter und die Tribünenbesucher können sich setzen. Die Tür ist zu öffnen.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Ablegung des Amtsgelübdes des neuen Mitglieds des Regierungsrates

für die aus dem Regierungsrat zurückgetretene Dorothee Fierz

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Frau Gut, Sie sind am 9. Juli 2006 als Mitglied des Regierungsrates für die zurückgetretene Dorothee Fierz gewählt worden. Die Rechtskraft der Ergebnisse wurde vom Regierungsrat festgestellt. Ich gratuliere Ihnen auch im Namen des Kantonsrates herzlich zu Ihrer Wahl.

Bevor Sie Ihr Amt ausüben können, haben Sie das Amtsgelübde zu leisten. Die Tür wird geschlossen. Der Rat, die Pressevertreter und die Tribünenbesucher erheben sich.

Ratssekretär Raphael Golta verliest das Amtsgelübde: «Ich gelobe als Mitglied des Regierungsrates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Frau Regierungsrätin Ursula Gut, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen «Ich gelobe es».

Regierungsrätin Ursula Gut: Ich gelobe es.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ich danke Ihnen, heisse Sie herzlich willkommen und lade Sie ein, kurz auf der Regierungsbank Platz zu nehmen. (*Heiterkeit.*) Der Rat, die Medienvertreter und die Tribünenbesucher können sich setzen. (*Applaus.*)

Der Regierungsrat wird sich nun gleich zu seiner konstituierenden Sitzung zurückziehen. Ich wünsche ihm, dass er dabei zu einem von uns selbstredend erwarteten klugen Entscheid kommen möge. Unserer neuen Regierungsrätin wünsche ich bei der Ausübung ihres Amtes Kraft und Ausdauer. Aus Ihrem bisherigen Amt als Gemeindepräsidentin von Küsnacht sind Sie, Ursula Gut, es sich zwar gewohnt, in einem öffentlichen Gemeinwesen Regie zu führen. Fortan werden Sie bei dieser Arbeit aber durch ein Parlament kritisch begleitet. Deshalb wünsche ich Ihnen, Ursula Gut, in der Regierung Rückhalt, in Ihrer Fraktion Unterstützung und hier im Rat Fairness und Aufmerksamkeit. Sie werden das gut brauchen können, denn Ihre Einarbeitungszeit ist sehr kurz, weil der nächste Wahlkampf bereits vor der Tür steht. Trotz dieser Mehrfachbelastung soll Ihnen Ihr neues Amt Freude, Erfüllung und Erfolg bringen. Die Tür ist zu öffnen.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Staat und Gemeinden
für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Matthias Gfeller (Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

[KR-Nr. 213/2006](#)

Lucius Dürr (CVP, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

Esther Hildebrand, Grüne, Illnau-Effretikon.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Nachdem keine anderen Wahlvorschläge gemacht werden, erkläre ich Esther Hildebrand als Mitglied der Kommission für Staat und Gemeinden gewählt. Ich gratuliere ihr zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Jürg Stünzi (Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

[KR-Nr. 214/2006](#)

Lucius Dürri (CVP, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

Robert Brunner, Grüne, Steinmaur.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Nachdem keine anderen Wahlvorschläge gemacht werden, erkläre ich Robert Brunner als Mitglied der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt gewählt. Ich gratuliere ihm zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte

Motion Werner Honegger (SVP, Bubikon), Ernst Meyer (SVP, Andelfingen) und Inge Stutz-Wanner (SVP, Marthalen) vom 27. März 2006 [KR-Nr. 99/2006](#), Entgegennahme als Postulat, keine materielle Behandlung

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Der Erstunterzeichner ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Ich verlange Diskussion.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ralf Margreiter, Oberrieden, beantragt Ablehnung des Vorstosses. Das Postulat bleibt auf der Traktandenliste.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Rahmenkredit für die Entwicklungshilfe aus dem Lotteriefonds

Motion Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich) und Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon) vom 24. April 2006

[KR-Nr. 121/2006](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Ich verlange Diskussion.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Katharina Weibel, Seuzach, verlangt Ablehnung der Motion. Die Motion bleibt auf der Traktandenliste.

Das Geschäft ist erledigt.

8. Busbeschleunigung Maur–Fällanden–S-Bahnhof Stettbach

Postulat Richard Hirt (CVP, Fällanden), Heinz Jauch (EVP, Dübendorf) und Peter Anderegg (SP, Dübendorf) vom 24. April 2006

[KR-Nr. 124/2006](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Das Postulat ist überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

9. Kostenpflichtige Tests in der Lehrlingsselektion der kantonalen Verwaltung und kantonalen Betriebe

Dringliches Postulat Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden), Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti) und Esther Guyer (Grüne, Zürich) vom 22. Mai 2006

[KR-Nr. 146/2006](#), RRB-Nr. 942/28. Juni 2006 (Stellungnahme)

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Das Postulat wurde am 29. Mai 2006 dringlich erklärt. Gemäss Paragraf 24 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Das dringliche Postulat ist überwiesen. Es geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.

10. Pilotprojekt Anonymisierte Bewerbungsunterlagen: Mehr Chancengleichheit auf dem Lehrstellenmarkt

Dringliches Postulat Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden), Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti) und Esther Guyer (Grüne, Zürich) vom 22. Mai 2006

[KR-Nr. 147/2006](#), RRB-Nr. 932/28. Juni 2006 (Stellungnahme)

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Das Postulat wurde am 29. Mai 2006 dringlich erklärt. Wir haben heute über die Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen.

Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt): Anonymisierte Bewerbungsunterlagen sollen also für Chancengleichheit bei der Vergabe von Lehrstellen sorgen. Meines Wissens werden alle für Jugendliche attraktiven und im Trend liegenden Lehrstellen, die angeboten werden, auch besetzt. Ich weiss auch, dass es eine Anzahl von Schulabgängern gibt, die nicht in ein Lehrverhältnis ihrer Wahl eintreten können. Ich weiss auch, dass es derzeit zu viele Jugendliche gibt, die nach der Schule keine Anschlusslösung haben. Einmal mehr setzen allerdings die Postulanten auf eine staatliche Lösung, die zu einer scheinbaren Chan-

cengleichheit auf dem Lehrstellenmarkt führen soll. Die eigentliche Aufgabe, nämlich Anreize zu schaffen, dass Gewerbetreibende und Industrie wieder vermehrt Lehrstellen anbieten, wird nicht in Angriff genommen. Ich bin ein Gegner jeder Quotenlösung. Was das Postulat anstrebt, ist jedoch eine solche Quotenregelung. Quotenregelungen führen bekanntlich zu ungerechten Lösungen und sind keinesfalls dazu geeignet, die Chancengleichheit herzustellen. Der Begriff Quote an sich steht im Widerspruch zu gleichen Chancen. Eine vermeintliche Ungerechtigkeit wird durch eine neue ersetzt.

Die Postulanten haben sicher eine Hypothese betreffend des Ergebnisses des Pilotprojekts und dessen Evaluation. Ich gehe davon aus, dass als nächster Schritt staatliche Regelungen betreffend der Lehrstellenbesetzung geschaffen werden sollen. Nur so würde das Forschungsvorhaben einen Sinn machen. Die Folgen solcher Regelungen könnten auch dazu führen, dass die Vertragsfreiheit für Lehrstellenanbieter eingeschränkt würde. Ich bin davon überzeugt, dass damit keine Impulse für die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen ausgelöst werden. Interessanterweise kommt auch die Regierung zur Erkenntnis, dass es schwierig sein dürfte, private Lehrbetriebe für das Experiment zu finden. Sie kommt auch zum Schluss, dass die Anonymität irgendwann ein Ende haben müsste, damit die Betriebe wissen, mit wem sie einen Lehrvertrag abschliessen. Spätestens dann würden die von den Postulanten unterstellten fremden und geschlechterfeindlichen Mechanismen wieder zu spielen beginnen. Ich gehe nämlich davon aus, dass auch einige Jugendliche, die Müller oder Meier heissen, im anonymen Verfahren bestehen könnten. Der gewünschte Effekt würde also auf jeden Fall nicht erreicht.

Verhindern wir gemeinsam dieses kaum zielführende Projekt. Anstelle dessen sollten wir uns überlegen, mit welchen Anreizen wir die Betriebe zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen animieren könnten. Ein Rezept dazu ist weniger Staat und mehr Freiheit, was mit dem Postulat sicher nicht erreicht wird.

Die SVP wird der Überweisung des Postulats nicht zustimmen.

Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden): Ich möchte vorab den Dank für die doppelte Erkenntnis von Ende Mai dieses Jahres aussprechen, dass Sie beiden Vorstössen, die zur Verbesserung der Chancengleichheit auf dem Berufsbildungsmarkt eingereicht wurden, Dringlichkeit zugesprochen haben. Wir haben jetzt die Antwort der Regierung. Die Regierung ist bereit, beide Postulate entgegenzunehmen. Beim einen hat

diese Erkenntnis auch die SVP bereits überkommen. Beim zweiten hoffe ich, dass ich Ihnen nach dieser Debatte und der Abstimmung den Dank für das zweite Ja zum Postulat aussprechen kann.

Worum geht es heute nicht? Es geht nicht um die Anzahl der Lehrstellen. Es geht nicht um den Lehrstellenmangel und die Krise auf dem Berufsbildungsmarkt. Es geht heute um die Gelegenheit, mit dem Postulat zusätzlich zum bereits vorher überwiesenen Ihre Haltung zum Thema Chancengleichheit bei der Lehrstellenvergabe zum Ausdruck zu bringen. In den letzten Jahren haben die Chancenungleichheiten auf dem Lehrstellenmarkt zugenommen. Benachteiligungen verschiedener Art sind hinlänglich bekannt und im Übrigen auch wissenschaftlich untersucht. Es geht nicht um Gerüchte. Es sind wissenschaftliche Untersuchungen, die sich allerdings nicht auf den Lehrstellenmarkt bezogen haben, sondern auf den Arbeitsmarkt, wo also die Vermischung zwischen Wirtschaftssystem und Bildungsfragen nicht stattfindet.

Wir schlagen mit dem Postulat vor, dass der Kanton Zürich ein Pilotprojekt zwecks Erkenntnisgewinns über diese Sachverhalte auf dem Lehrstellenmarkt bei den Bewerbungsverfahren durchführen soll. Er soll das Pilotprojekt auch nicht allein durchführen, sondern mit durchaus zu findenden und bereiten Partnerinnen und Partnern der Privatwirtschaft. Wenn Samuel Ramseyer schon im Voraus weiss, dass es diese Partner nicht gibt, erstaunt es mich umso mehr, als in einem vergleichbaren Projekt im Kanton Genf, das sich wiederum nicht auf den Lehrstellenmarkt, sondern auf den Arbeitsmarkt als solchen bezogen hat, sogar Private als Initianten eines solchen Projekts nicht nur finden liessen, sondern dieses selbst aufgriffen.

Wir erwarten von einem solchen Pilotprojekt Erkenntnisse darüber, wie sich unter Ausblendung von persönlichen Faktoren wie Herkunft und so weiter die Chancen der Bewerberinnen und Bewerber auf dem Lehrstellenmarkt verhalten. Es ist aus anderen Zusammenhängen klar und bekannt, dass Benachteiligungen allein aufgrund der Herkunft, des Namens und der Muttersprache stattfinden. Es ist gut möglich, dass diese Erkenntnis auch aus diesem Pilotprojekt zu gewinnen ist. Es ist aber auch gut möglich, dass wir noch auf andere oder nicht auf diese Erkenntnisse stossen. Im Zentrum steht aber doch die Frage: Ist es dem Rat ein Anliegen, dass wir darüber im Bild sind, wie sich die Welt verhält und wie Selektionsprozesse verlaufen? Mein Interesse und das Interesse meiner Fraktion ist es zu wissen, wie es in der Welt steht. Wir politisieren nicht an den Realitäten vorbei wie andere.

Wir bitten Sie, das Postulat zu unterstützen. Sie leisten damit einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit im Bewerbungsverfahren. Es ist nicht so, dass wir mit einem Postulat für ein Pilotprojekt für anonymisierte Bewerbungsverfahren der Meinung sind, die Bewerberinnen und Bewerber würden nie persönlich auftreten, sie seien nicht bekannt. In der Debatte über die Dringlichkeit wurde uns vorgehalten, ein Lehrmeister möchte doch wissen, mit wem er es zu tun hat. Ja, richtig, er möchte es wissen. Die Lehrmeisterin möchte es auch. Das ist auch richtig so. Es geht bei diesem Postulat um eines: Was ist die entscheidende Schwelle beim Zutritt zur Berufsbildung? Die entscheidende Schwelle ist letztlich nicht die Bewerbung. Sie ist letztlich nicht einmal das Zeugnis, sondern sie ist die Chance und die Möglichkeit, sich persönlich mit seinen Eigenschaften, Fähigkeiten und Fertigkeiten vorstellen zu können. Genau um diese Schwelle geht es. Es geht darum, dass alle gemäss ihren Fähigkeiten, die sie nach ihrem Curriculum mitbringen, die sie aufgrund ihrer Bewerbungsunterlagen mitbringen und nicht auf Grund ihres Nachnamens, die Chance erhalten oder auch nicht, persönlich in einem Bewerbungsgespräch vorstellig zu werden. Dies ist umso wichtiger, als immer weniger Unternehmen den Jugendlichen die Gelegenheit bieten, über eine Schnupperlehre oder Schnuppertage ihren Fuss persönlich in den Betrieb zu setzen und im persönlichen Kontakt zu zeigen, dass sie die richtige Bewerberin oder der richtige Bewerber sind. Die Regierung, der ich im Übrigen nochmals für die zustimmende, wenn auch um ein Jahr verspätete Umsetzungsbereitschaft des Pilotprojekts danke, schreibt, es sei noch festzustellen, ab welchem Punkt die Anonymisierung aufzuheben ist. Das kann man sich schon überlegen. Es ist aber ganz klar. Das entscheidende Gespräch findet so statt, wie es heute stattfindet, nämlich von Angesicht zu Angesicht. Man sieht sich, man hört sich und man hat diese Wahrnehmung. Man weiss dann, wer jemand ist. Darum geht es.

Es sollen alle Jugendlichen, die auf Lehrstellensuche sind, die gleichen fairen Zugangschancen haben. Es ist nicht mehr, was wir mit diesem Pilotprojekt letztlich im Sinn haben. Es entspricht nicht mehr als einem liberalen Verständnis des Zugangs zur Bildung.

Ich bitte Sie, das Postulat zu unterstützen.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Konstituierung des Regierungsrates

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Es ist ein Brief des Regierungsrates des Kantons Zürich eingegangen: «Sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben die Ehre, dem Kantonsrat mitzuteilen, dass wir an unserer heutigen Sitzung, die aufgrund der Ersatzwahl vom 9. Juli 2006 notwendig gewordene Änderung der Konstituierung und Besetzung der Direktionen vorgenommen haben. Danach übernimmt Regierungsrätin Ursula Gut-Winterberger die Baudirektion. Sie wird gleichzeitig die Stellvertretung für die Gesundheitsdirektion übernehmen. Ursula Gut-Winterberger tritt ihr Amt heute an. Die ausserordentliche Stellvertretung für die Baudirektion durch Regierungsrat Ruedi Jeker wird aufgehoben. Freundliche Grüsse, im Namen des Regierungsrates, die Präsidentin Verena Diener, der Staatsschreiber Beat Husi.»

Die Beratungen werden fortgesetzt.

Thomas Heiniger (FDP, Adliswil): Vorweg möchte ich eines klar stellen. Die FDP ist sich des Werts von Integrationsmassnahmen, der Wichtigkeit der Integration insbesondere von jungen Menschen bewusst und setzt und setzt sich dafür ein. Die FDP wehrt sich auch gegen jede direkte und indirekte Diskriminierung, also einer Beurteilung aufgrund von sachfremden Kriterien, sei dies das Geschlecht, die Hautfarbe, die Herkunft oder auch die Gefühlswelt.

Ich weiss schon, dass es oft nicht genügt, nur auf das Gute im Menschen zu vertrauen. Ich weiss auch, dass selbst in der Schweiz der Gesetzgebungsprozess noch rascher läuft als die Veränderung des Menschen. Ich weiss, oft müssen schlicht Schranken gesetzt werden, die objektiv fehlerhaftes Handeln und Verhalten gar nicht mehr ermöglichen. Die Lehrlingsselektion ist aber kein solcher Bereich.

Die FDP lehnt die Überweisung des vorliegenden Postulats ab. Die Kantonale Verwaltung und die Gemeindeverwaltungen agieren bereits in der Regel mustergültig. Das Problem liegt nicht in der Verwaltung. Auch der Regierungsrat macht klar, dass aussagekräftige Ergebnisse nur dann möglich werden können, wenn auch nicht staatliche, also private Lehrstellenanbieter mitwirken. Nur, die grossen privaten Banken, Versicherungen sowie multinationale Unternehmungen haben sich längst einem Verfahren unterzogen, das eine Diskriminierung

ausschliesst. Für kleine und mittlere Unternehmen aber ist der Vorstoss derart weltfremd und hätte negative Auswirkungen. Wenn nämlich der Staat erneut in privatrechtliche Rechtsverhältnisse eingreifen will und einem Lehrbetrieb weitere Hindernisse und Verfahrensschwierigkeiten und Hürden in den Weg stellt, wird eines eintreten: Das Lehrstellenangebot wird sich reduzieren. Die Schreiner, Garagisten, Baumeister und Coiffeure werden darauf verzichten, weiterhin in grobem und gutem Mass Lehrstellen anzubieten. Diese kontraproduktive Entwicklung trifft dann zuerst in Branchen ein, die bekanntermassen häufig ausländischen Jugendlichen Arbeit und eine Ausbildungsstelle ermöglichen.

Im Gegensatz zu den Postulanten sind uns viele und erst noch gut besetzte Lehrstellen wichtiger und wertvoller als wenige, dafür auf wissenschaftlich sorgfältige evaluierte Weise in anonymisierten Verfahren zusammengefügte Rechtsverhältnisse.

Lehnen Sie die Überweisung des Postulats ab, weil ein Arbeitsverhältnis ein emotionales Rechtsverhältnis voller Menschlichkeit sein muss und bleiben muss. Sie sparen damit auch erhebliche Kosten und Ressourcen für anderes Wichtigeres.

Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti): Jeder sollte eine Chance haben, sagt ein Sprichwort. Ein anderes besagt, man müsse etwas Neues machen, um etwas Neues zu sehen. Ich hoffe, Sie konnten sich in der Sommerpause alle gut erholen und haben Ihren Kopf frei für Neues.

Die Regierung ist jedenfalls diesen Grundsätzen, jeder solle eine Chance haben und etwas Neues machen, um etwas Neues zu sehen, gefolgt, was uns ausserordentlich freut. Sie ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen und zusammen mit privaten Lehrstellenanbietern einen Pilotversuch – keine Umsetzung – mit anonymisierten Bewerbungsunterlagen durchzuführen. Wir alle haben in uns das subjektive Gefühl, dass Jugendliche mit ausländischer Herkunft eine schwierigere Ausgangslage haben, um überhaupt zu einer Schnupperlehre, zu einem Vorstellungsgespräch, geschweige denn zu einer Lehrstelle zu gelangen. Mit dem Pilotversuch soll aufgezeigt werden, ob und in welchem Umfang die Vermutung zutrifft. Es ist überhaupt nicht so, dass wir bereits jetzt sagen wollen, was schliesslich gemacht werden muss. Wir wissen gar noch nicht, wie sich die Sachlage verhält. Das wollen wir wissen. Es erstaunt mich ausserordentlich, dass die FDP das gar nicht wissen will und uns unterstellt, dass wir gar nicht wollen, dass die rechten Leute an den rechten Ort kommen. Mit dem Pilotver-

such soll evaluiert werden. Die Ergebnisse sollen allen Interessenten zur Verfügung stehen. Damit erhalten wir eine Grundlage und Indizien, um dann darüber zu diskutieren, was zu tun ist.

Wenn sich heute auch die SVP mit Händen und Füßen gegen den Pilotversuch, der die Sachlage klären will, wehrt, dann frage ich nach dem Grund. Haben Sie Angst vor der Realität? Vermuten Sie auch, dass gewisse Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden? Springen Sie heute über Ihren Schatten und sagen Sie sich, wir wollen wissen, was dahinter steckt.

Unterstützen Sie das Postulat!

Susanna Rusca-Speck (SP, Zürich): Wir haben es von Ralf Margreiter gehört, mit dem Postulat geht es um die Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Chancengleichheit. Da ist alles dagegen zu unternehmen, und Massnahmen sind zu ergreifen, was die Chancengleichheit gefährdet und die gesamte Persönlichkeit angehender Lehrlinge ungenügend berücksichtigt. Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, ja eine Pflicht, dass der Regierungsrat diesen Vorstoss entgegennimmt. Im neuen Berufsbildungsgesetz wird die Notwendigkeit betont, dass der Ausgleich der Bildungschancen in sozialer Hinsicht zu fördern und zu entwickeln ist. Es ist darauf zu achten, dass in den Qualifikationsverfahren – das ist beispielsweise auch bei den Tests so oder bei einem Stellenantritt – mit den verwendeten Beurteilungskriterien die Chancengleichheit gewahrt ist. Dafür sind die Kantone zuständig. Schliesslich wird auch in Artikel 41 Absatz 1 der Berufsbildungsverordnung unter den Sozialzielen, für die sich der Bund und die Kantone einsetzen, das Ziel aufgeführt, dass die Möglichkeit besteht, dass die Kinder und Jugendlichen sowie Personen im erwerbsfähigen Alter sich nach ihren Fähigkeiten aus- und weiterbilden können. Diese Bestimmungen verpflichten den Kanton, die Chancengleichheit zu fördern und sich für die Erreichung dieses Ziels einzusetzen.

Daher bitte ich Sie, das dringliche Postulat jetzt zu überweisen, damit wir auch Massnahmen ergreifen können.

Lorenz Schmid (CVP, Männedorf): Die CVP wird der Überweisung des Postulats zustimmen.

Wir alle in diesem Rat sind uns einig. Der Übertritt von der Volksschule hin ins berufliche Leben ist wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Integration von Jugendlichen ausländischer Herkunft. Wir

sind uns in diesem Rat auch darüber einig, dass es im Lehrstellenmarkt Diskriminierung aufgrund der Herkunft von Jugendlichen gibt. Das Postulat ist somit zu unterstützen. Es stellt eine Möglichkeit dar, die Umstände möglicher Diskriminierung in einem Pilotprojekt zu klären.

Seien wir jedoch ehrlich, in dieser Frage werden und sollen wir der Privatindustrie keine Vorschriften machen, wie und wer für den Lehrstellenmarkt zu selektionieren sei. Diskriminierung basiert auf der inneren Haltung eines jeden Arbeitgebers und einer jeden Arbeitgeberin oder eines jeden Menschen. Diese wiederum beruht auf persönlichen und somit auch berechtigten Erfahrungen und auf allgemeinen Stimmungsbildern gegenüber Bevölkerungsgruppen unserer Gesellschaft. Das Postulat kann somit nicht mehr als ein äusserst bescheidener Beitrag gegen die Diskriminierung von Jugendlichen ausländischer Herkunft leisten.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Die Diskussion ist wieder einmal mehr sehr ernüchternd. Niemand bestreitet, dass Diskriminierung stattfindet, und zwar aufgrund der Herkunft, des Namens und des Geschlechts. Wir erleben das mit den Jugendlichen, die auf der Strasse stehen. Es sind nicht vor allem die Schweizer Jugendlichen. Das kann so nicht weitergehen. Die SVP beurteilt den Vorstoss nach irgendetwas. Es ist nicht das Thema, wie viele Lehrstellen es gibt, wie viele es geben soll und wer sie schafft. Das ist schlichtweg nicht das Thema. Wenn wir von einer staatlichen Aufgabe mehr sprechen, dann muss ich sagen, dass der Staat gefragt ist, die Kreativität des Staats ist gefragt. Diese wollen wir damit anregen.

Aber wahrlich ernüchternd ist die freisinnig-demokratische Partei des Kantons Zürich. Letzten Samstag beschliesst die Mutterpartei, man müsse die Integrationsmassnahmen verstärken. Sie kommen in den Medien. Alle reden davon, dass jetzt die Freisinnigen doch auch wissen, dass es diese Integrationsmassnahmen braucht. Die erste Möglichkeit, die Sie hätten, etwas konkret umzusetzen, wird verneint. Das tut mir eigentlich Leid. Es ist schade. Es geht um einen Versuch. Nachher werden wir beurteilen, ob diese Massnahme taugt oder nicht. Es ist nicht neu. Es wird in Frankreich gemacht. In Genf haben sie Erfahrung. Es wäre nur gut, wenn wir es auch versuchen würden. Das Wichtigste für uns ist, die Jugendlichen von der Strasse zu bringen. Da braucht es einen Strauss von Massnahmen.

Ich bitte Sie, den Vorstoss zu unterstützen.

Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil): Es trifft zu, dass Jugendliche aufgrund eines unschweizerischen Namens bei der Auswahl benachteiligt sind. Das beginnt bereits bei der Zuteilung der Klassen, wo man sorgfältig darauf achtet, dass man nicht zu viele Fremdsprachige in eine Klasse zuweist. Das ist beim Berufseinstieg genauso, es sei denn, man bewirbt sich bei einem Fussballclub. Dort sind die Chancen ein bisschen grösser. Dort besteht auch die Chance, dass man sehr rasch eingebürgert wird. Ich kann nicht verstehen, dass man einem solchen Pilotprojekt nicht zustimmen will. Der Regierungsrat ist bereit, das zu übernehmen. Wenn die Regierung das Pilotprojekt durchführt, heisst das noch lange nicht, dass jedes KMU sich auch so verhalten muss. Wir sollten die Sache testen und das Postulat überweisen.

Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt), spricht zum zweiten Mal: Es ist eben doch ein Problem der verfügbaren Lehrstellen. Ein knappes Gut wird nach anderen Kriterien vergeben und beansprucht. Wenn wir als Übel erkennen, dass zu wenige Lehrstellen und Anschlusslösungen vorhanden sind, dann ist es meines Erachtens unzweckmässig, wenn man über ein Diskriminierungs- und Integrationsprojekt versucht, Chancengleichheit herzustellen. Die so genannte Chancengleichheit führt dazu, dass die Summe der nicht Integrierten, ob das jetzt Schweizer, Ausländer oder Bildungsferne sind oder nicht, konstant bleibt. Der Ansatz müsste tatsächlich sein, das Angebot zu erhöhen, damit die Nachfrage befriedigt werden kann und nicht, anonymisierte Bewerbungsunterlagen und -verfahren einzuführen, die letztlich das Problem nicht lösen.

Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden), spricht zum zweiten Mal: Samuel Ramseyer, Sie spielen natürlich ein saubreckiges Spiel. (*Unruhe im Saal.*) Wenn wir Massnahmen zur Erhöhung der Lehrstellenzahl vorschlagen, sind Sie dagegen, weil es Ihnen nicht passt. Wenn wir ausdrücklich sagen, es geht genau bei diesen Vorstössen nicht um die Zahl der Lehrstellen, sondern um den gleichberechtigten, freien und fairen Zugang für alle Jugendlichen, dann sind Sie auch dagegen, weil Sie gegen alles sind.

Ich kann Ihnen nochmals sagen, worum es in diesem Postulat nicht geht. Es geht nicht um eine staatliche Lösung. Es geht um ein Pilotprojekt. Als Akteur sehe ich hier sowieso nicht den Staat, sondern wenn etwas zu erkennen wäre, dann sind die Berufsverbände angesprochen, die ihre Verantwortung wahrnehmen können, wenn sie das

denn wollen. Es geht weiter nicht um eine Quote. Es geht auch nicht um die Einschränkung der Freiheit der Lehrbetriebe auszuwählen, wen sie wollen und auch nicht darum, die Verfahren einzuschränken. Wir wollen etwas erkennen. Wenn Sie das nicht wollen, ist das Ihr Problem. Die Erkenntnis hilft garantiert den Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen.

Sie sagen ein knappes Gut. Richtig, die Lehrstellen sind ein knappes Gut. Jetzt wäre es logisch, Sie würden ökonomisch sinnvoll verteilt. Ökonomisch sinnvoll ist eine Lehrstellenvergabe doch dann, wenn sie an die Bewerberin oder den Bewerber nach den bestmöglichen Fähigkeiten und Fertigkeiten mit den besten Skills erfolgt und nicht mit dem richtigen Nachnamen. Im Übrigen: Wenn Sie die Lehrvertragsauflösungen anschauen, werden Sie feststellen, dass das Matching suboptimal ist.

Wenn ich heute zugehört habe, was gegen diesen Vorstoss spricht, bei der SVP stärker, bei der FDP ist das weniger stark, dann kommen mir die bekannten drei Affen in den Sinn: der blinde und der taube. Nur leider haben Sie sich den dritten geschenkt, der wäre der stumme. Der wäre vielleicht angebracht.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Ralf Margreiter, wenn der Staat damit nichts zu tun haben soll, dann lösen Sie die Sache auch privatrechtlich und machen nicht einen Vorstoss dazu, den wir so lange diskutieren müssen.

Johannes Zollinger, nach Möglichkeit zukünftiger Regierungrats-Kandidat und die CVP: Sie wollen, dass das Gewerbe und die Firmen in diesem Kanton nicht mehr wissen, wer sich bewirbt. Der blinde und der taube Affe, den Ralf Margreiter erwähnt hat, sollen jetzt an diejenigen geschoben werden, die Lehrstellen anbieten. Das ist absolut nicht freiheitlich. Wer eine Lehrstelle anbietet, der hat das Recht zu wissen, wer sich bewirbt, und das bis in alle Zukunft. Da braucht es kein Pilotprojekt, um das zu ändern.

Regierungsrätin Regine Aeppli: Ich verstehe die Aufregung um das Postulat nicht ganz. Es ist eine Tatsache – ich wette, dass alle in diesem Saal das wissen –, dass es Diskriminierungen bei der Vergabe von Lehrstellen gibt. Bei der Bildungsdirektion sind verschiedene Fälle bekannt. Ich bin überzeugt, dass sich auch das Gewerbe dieser Tatsache bewusst ist. Es gibt verschiedene Möglichkeiten bei der Lehr-

stellenbewerbung, Diskriminierungen passieren zu lassen. Eine davon ist beispielsweise, dass es viele Lehrbetriebe gibt, die nur noch Sek-A-Abgängerinnen und -Abgänger anstellen, die bisher auch Sek-C- oder Sek-B-Schulabgängerinnen oder -abgänger Lehrstellen angeboten haben, weil sie wissen, dass der Grossteil der ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgänger in der Sek B oder in der Sek C ist. Ein Beispiel ist das Coiffeurgewerbe, wo es bisher immer gereicht hat, mit einem Sek-B-Abschluss eine Lehrstelle zu bekommen. Dann gibt es solche, die bei einer konkreten Anfrage eines Lehrstellenbewerbers auf den Namen reagieren. Es sind auch schon Versuche gemacht worden, mit anderem Namen eine Lehrstelle zu bekommen. Wenn man dann feststellt, der Name ist ein anderer, dann wird man höflich wieder hinauskomplimentiert.

Machen wir uns nichts vor. Es gibt viele Lehrbetriebe, die Vorurteile oder Vorbehalte gegenüber ausländischen Schulabgängerinnen und -abgängern haben.

Was wollen wir mit dem Pilotversuch? Was ist ein Versuch? Ein Versuch ist eine Anlage, bei der Schulen, Betriebe oder andere Akteure freiwillig mitwirken. Kleine Betriebe, die nur einen Lehrling oder eine Lernende haben, müssen sich nicht daran beteiligen. Es geht darum, Betriebe durch Überzeugung oder gute Argumente dafür zu gewinnen, sich an diesem Versuch zu beteiligen. Wir hätten den Versuch auch auf die staatliche Verwaltung beschränken können. Das wollten wir aber bewusst nicht, weil wir davon ausgehen, dass in der staatlichen Verwaltung mehr Sensibilität für Diskriminierung vorhanden ist. Deshalb haben wir gesagt, wir müssen auch private Lehrbetriebe für diesen Versuch gewinnen. Deshalb brauchen wir auch etwas mehr Zeit. Wir können das nicht schon auf das eben begonnene Schuljahr umsetzen, sondern erst auf das kommende Jahr. Das Verfahren muss sorgfältig vorbereitet werden, denn ab einem bestimmten Zeitpunkt müssen die Lehrbetriebe tatsächlich wissen, wen sie als Lernenden oder als Lernende anstellen. In irgendeinem Zeitpunkt muss die Anonymität dann aufgehoben werden.

Es geht wirklich nicht um die Anzahl der zur Verfügung stehenden Lehrstellen, denn die Teilnahme an diesem Versuch ist freiwillig, wie übrigens vieles im Bereich der dualen Ausbildung. Es kann auch niemand gezwungen werden, einen Lehrling anzustellen. Deshalb ist die Angst, man könnte damit die Anzahl der Angebote auf dem Lehrstellenmarkt verkleinern, völlig unberechtigt.

Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen. Die Teilnahme daran ist für jeden Lehrbetrieb freiwillig. Wir wissen, dass Diskriminierungen passieren können. Deshalb wäre es sinnvoll, mehr darüber zu erfahren und den Versuch in einem Umfang durchführen zu können, der auch repräsentative Schlussfolgerungen zulässt.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Es ist ungeheuerlich, Regierungsrätin Regine Aepli, dass Sie hier den Lehrmeistern Diskriminierung vorwerfen. Es ist doch das Normalste der Welt, wenn Sie in einer Auslese die jungen Leute für eine Lehre anhören, mit ihnen sprechen und dann einen Entscheid treffen. Sehr viel mehr kommt es in den handwerklichen Berufen auf eine ganz andere Situation heraus. Wir haben überhaupt wenn möglich nur einen Bewerber. In der Regel stellen wir diesen auch ein, selbstverständlich nach Überprüfung, ob er für eine solche Lehre geeignet ist. Sorgen Sie, Regierungsrätin Regine Aepli, dafür, dass nicht zu viele junge Leute immer nur in die gleichen Berufe zu den Banken, in die KV-Berufe und andere Schönwetterberufe gehen wollen. Sorgen Sie dafür, dass wir in unseren handwerklichen Berufen wieder Leute bekommen, indem Sie in der Beratung die Leute darauf aufmerksam machen. Es würde mancher glücklicher, wenn er eine solche Berufslehre machen könnte, als wenn er x-mal bei den Banken mit den strengen Auswahlkriterien abblitzt.

Ich verwehre mich mit aller Gewalt gegen solche Unterstellungen, die Sie den Lehrmeistern hier machen.

Persönliche Erklärung zum Votum von Ralf Margreiter

Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt): Ralf Margreiter, ich weise die Unterstellung, ich würde hier ein saudreckiges Spiel spielen, entschieden zurück. Ich bin vielleicht ein Mensch mit einer anderen Meinung. Ich werde auch nicht noch mehr persönlich werden. Ich schreibe das Ihrem jugendlichen Übermut zu, verzeihe Ihnen diese verbale Entgleisung und hoffe trotzdem weiterhin auf erspriessliche Zusammenarbeit.

Ernst Stocker-Rusterholz (SVP, Wädenswil): Auch mir geht es so. Man muss sich nicht von der anderen Ratsseite sagen lassen, wir seien gegen Lehrstellen und würden uns gegen Lehrlinge verwehren. In der Stadtverwaltung Wädenswil haben wir zurzeit 17 Lehrstellen. Wir

werden noch weitere schaffen. Es wäre auch gut, wenn Sie den jungen Leuten einmal die Wahrheit sagen würden, dass es sich nämlich lohnt, Leistung zu bringen. Leistung zählt. Wenn man sieht, wie viele Lehrstellen abgebrochen werden, dann merkt man, dass viele Leute nicht wissen, dass der Ernst des Lebens aus Leistung besteht und nicht aus Versuchen und ihnen etwas vortreten. Es passt gut, dass wir heute in die Kirche gehen, denn Glauben macht selig. Ich kann Ihnen sagen, dass Sie den jungen Leuten nicht die Wahrheit sagen und sie darum vielleicht keine Lehrstelle kriegen. Das ist schlimm für die Jungen. Wir machen alles, dass sie Lehrstellen haben. Aber, dass Sie uns mit politischen Massnahmen immer neue Forderungen stellen, das geht zu weit.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Ich darf doch namens der SP davon ausgehen, dass alle in diesem Rat gegen Diskriminierung sind. Die Streitfrage ist eigentlich nur, ob eine solche jetzt stattfindet oder nicht. Falls die Vermutung zutrifft, dass eine solche stattfindet, fragt sich, ob ein Pilotprojekt dazu beitragen könnte, diese vorhandene vermutete Diskriminierung zu reduzieren. Das ist alles. Es ist nicht ein Pauschalvorwurf im Raum an das Gewerbe. Das werden einzelne Fälle sein. Wir versuchen herauszufinden, ob man die Zahl dieser Fälle mit der Art der Lehrstellenvergabe reduzieren kann. Das Pilotprojekt soll in einem Parallel-Blindversuch herausfinden, ob bei einer anonymisierten Bewerbung anders vergeben wird, als wenn die Namen, vielleicht die Religion oder andere für Diskriminierung anfällige Merkmale eine Rolle spielen. Deshalb ist die ganze Aufregung um angebliche Pauschalvorwürfe völlig fehl am Platz. Wir müssen nüchtern abwägen, ob ein Pilotprojekt vielleicht etwas bringt. Darauf deuten einzelne parallele Projekte hin. Deshalb sind wir dafür. Das Gewerbe soll sich nicht pauschal angegriffen fühlen, sonst wird eine böartige Vermutung umso glaubhafter, dass es da mehr als nur einzelne schwarze Schafe gäbe. Ich gehe davon allerdings nicht aus.

Bitte stimmen Sie für das Pilotprojekt.

Claudio Zanetti (SVP, Zollikon): Ruedi Lais, in Ihrem Votum wurde deutlich, was man unter einem Gut-Menschen zu verstehen hat. Besonders schlimm wird es dann, wenn dieser Gut-Mensch auch noch von sich behauptet, er sei lösungsorientiert. Niemand ist für Diskriminierung, aber Sie zielen hier auf eine Diskriminierung ab, die Sie nie bekämpfen können. Nehmen wir einmal an, das «Cooperativo» wei-

gert sich, ein Mitglied der SVP anzustellen. Ist das Diskriminierung? Wenn ein Chef sagt, ich nehme diese Sekretärin, weil sie die schöneren Beine hat oder die blauer Augen als eine andere. Ist das Diskriminierung? Sie dürfen nicht so in die Vertragsfreiheit eingreifen, sonst kommen wir in eine Planwirtschaft. Wohin die führt, das wissen wir. Diskriminierungsverbote müssen sich immer gegen den Staat wenden. Der Staat darf nicht Leute aufgrund ihrer Hautfarbe anders verurteilen. Das ist klar. Wenn aber ein Arbeitgeber sagt, er brauche diese Person für dieses Amt, dann ist das sein gutes Recht, dann soll er das tun können. Sie wollen aber mit massivem staatlichem Eingriff in die Vertragsfreiheit eingreifen. Das ist abzulehnen. Es wäre ein verheerendes Präjudiz, wenn der Vorstoss heute überwiesen würde.

Yves de Mestral (SP, Zürich): Claudio Zanetti, Sie haben einmal mehr bewiesen, dass Sie von Arbeitsrecht und sonstigen juristischen Überlegungen überhaupt keine Ahnung haben. Ich frage mich einmal mehr, wie Sie an der Universität Zürich – Schande für meine Alma mater – ein Lizentiat erfolgreich ablegen konnten. Sie wissen ganz genau, die Beispiele, die Sie zitiert haben, haben überhaupt nichts mit der Sache zu tun. Das sind Tendenzbetriebe. Bei Tendenzbetrieben ist es genau zulässig, dass man nicht entsprechend parteifremde Leute anstellen muss. Das beste Beispiel sitzt da vorne. Bei der NZZ war es lange nicht so. Im Gesellschaftsrecht konnten nur FDP-Mitglieder Aktien erwerben. Das ist legal. Das ist zulässig. Genauso verhält es sich bei Arbeitsstellen.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ich habe ein bisschen Verständnis für das scharfe Pulver, das von beiden Seiten verschossen worden ist. Immerhin haben wir fünf Wochen schweigen müssen. Aber ich bitte Sie doch, bei gewissen Ausdrücken eine gewisse Zurückhaltung an den Tag zu legen.

Abstimmung

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ich habe Ihnen am Schluss der letzten Sitzung vor den Sommerferien mitgeteilt, dass die Geschäftsleitung für die Abstimmungen im Rat einen Systemwechsel beschlossen hat. Sie alle haben mit der Ratspost das neue Prozedere mitgeteilt erhalten. Ich rekapituliere gleichwohl.

Erstens: Die Verhandlungsleitung stellt wie bisher die Abstimmungsfrage.

Zweitens: Die Stimmenzählerinnen und -zähler ermitteln wie bisher das Ergebnis ihres Sektors. Neu bleiben sie aber vor ihrem Sektor stehen.

Drittens: Der Ratssekretär ruft die Zählergebnisse sektorenweise ab. Die Stimmenzählerinnen und -zähler beantworten den Aufruf deutlich und vernehmlich mit ihrem Sektorenergebnis.

Viertens: Wird das Abstimmungsergebnis aus der Ratsmitte bezweifelt, können die Zweifel sektorbezogen angemeldet werden. Die Verhandlungsleitung wird – je nach den Umständen – vor einer allfälligen Neuzählung anordnen, dass alle Ratsmitglieder ihren Sitzplatz einnehmen. Darauf wird der berührte Sektor oder werden die berührten Sektoren nachgezählt und das Nachzählergebnis wiederum durch Zuruf der Ratssekretärin oder dem Ratssekretär mitgeteilt.

Fünftens: Nach der Konsolidierung der Sektorenergebnisse durch die Ratssekretärin oder den Ratssekretär gibt die Verhandlungsleitung das Resultat bekannt.

Mit diesem System soll eine bessere Transparenz und Plausibilität des Resultats erreicht werden. Das System ist keine Erfindung der Geschäftsleitung, sondern wird vom Gemeinderat der Stadt Zürich, der ebenfalls in diesem Saal tagt, seit vielen Jahren mit Erfolg und zur allseitigen Zufriedenheit angewendet.

Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 78 Stimmen, das Postulat nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

11. Reformkommission

Parlamentarische Initiative Carmen Walker Späh (FDP, Zürich), Katharina Weibel (FDP, Seuzach) und Regula Thalmann-Meyer (FDP, Uster) vom 28. November 2005

[KR-Nr. 332/2005](#)

Carmen Walker Späh (FDP, Zürich): Die FDP-Fraktion verlangt mit der Parlamentarischen Initiative, dass eine eigene Reformkommission eingesetzt wird, wenn der im Finanzhaushaltsgesetz geforderte mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung deutlich verfehlt wird. Sie soll basierend auf der neuen Zürcher Verfassung eine systematische Aufgabenüberprüfung hinsichtlich Notwendigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit vornehmen. Die Einsetzung erfolgt nach Anhörung des Regierungsrates durch einen Kantonsratsbeschluss, ähnlich einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Mit der Einsetzung einer eigenen Reformkommission bekräftigt die FDP-Fraktion ihren Willen, an echten Reformen zu arbeiten und dabei nicht einfach den schwarzen Peter der Regierung zuzuspielen, sondern die Ärmel selber hochzukrempeln und dabei auch Farbe zu bekennen. Wir werden wohl im Rat hören – das haben Vorgespräche gezeigt –, ein solcher Auftrag sei nicht nötig. Eine Aufgabenüberprüfung sei doch eine Angelegenheit der Regierung. Dabei dürften wohl verschiedene politische Kalküle Ausschlag geben.

Ich erinnere jedoch an die Antrittsrede unseres Ratspräsidenten. Das ist noch nicht so lange her. Er verlangte ausdrücklich in seiner Antrittsrede, das Parlament müsse wieder vermehrt das Steuer für unseren Kanton in die Hand nehmen. Angesichts der Ereignisse rund um die Ämterrochaden in der Regierung sei hier die Bemerkung doch erlaubt, ob es nicht im Sinne des Ratspräsidenten höchste Zeit ist, in unserem Kanton das Ruder auch seitens des Parlaments wieder an die Hand zu nehmen. Kaum jemand zeigt sich mindestens mit der neuen Ämteraufteilung zwischen Baudirektion und Volkswirtschaftsdirektion wirklich zufrieden. Erlauben Sie mir an dieser Stelle auch den Hinweis auf die laufende Vernehmlassung zur geplanten Neuorganisation der Ratsarbeit, die in einzelnen Bereichen unsere Parlamentarische Initiative bereits vorweg nimmt. Auch sie basiert auf der neuen Verfassung. Auch der Vernehmlassungsvorschlag will mehr Mitsprache des Parlaments in Fragen der Aufgabenerfüllung, mehr Übernahme der Verantwortung des Parlaments. Genau dies wollen wir seitens der FDP-Fraktion mit unserem Vorschlag.

Ich bitte Sie dringend und zum Wohl unseres Kantons um Ihre vorläufige Unterstützung.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Um gleich zum Punkt zu kommen: Die sozialdemokratische Kantonsrats-Fraktion wird die vorliegende parlamentarische Initiative nicht unterstützen.

Zwei Punkte, einen grundsätzlichen und einen eher praktisch-finanziellen haben uns zu dieser Entscheidung kommen lassen. Zum grundsätzlichen Punkt: Die Initiative geht von der augenscheinlichen und für uns nicht akzeptablen Vorgabe aus, dass der Staatshaushalt des Kantons Zürich einzig und allein über die Ausgabenseite saniert werden soll. Wir haben Ihnen bereits in der Budgetdebatte klar dargelegt, dass für uns ein solcher Weg angesichts der in den letzten Jahren vor allem an Wohlhabende gemachten Steuergeschenke in der Höhe von 833 Millionen Franken jährlich nicht gehbar ist. Wir haben Ihnen dargelegt, dass für uns eine Sanierung des Finanzhaushalts sowohl die Einnahmen- wie die Ausgabenseite zu umfassen hat. Dabei bleiben wir einer Politik der leeren Kassen und einer Ideologie des Sparens um seiner selbst willen nichts Gutes abgewinnen. Somit können wir auch einer als Reformkommission getarnten Sparkommission nicht viel Gutes abgewinnen.

Zum zweiten, eher praktisch-finanziellen Punkt: Die SP-Fraktion bezweifelt, ob die von Ihnen verlangte Ad-hoc-Kommission ihre Aufgabe, so wie Sie sie hier formulieren, überhaupt erfüllen kann. Sie schreiben: «Die Reformkommission nimmt eine systematische Aufgabenüberprüfung hinsichtlich Notwendigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit vor.» Bei allem nötigen Respekt für diesen Rat und die Arbeit aller seiner Kommission. Eine systematische Überprüfung aller Staatsaufgaben auf die von Ihnen geforderten Kriterien würde eine solche Ad-hoc-Kommission, wenn sie wirklich fundiert arbeiten will, wohl über Jahre hinaus beschäftigen. Die Kommission könnte die von 38'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erbrachte Leistungen, sie könnte einen 11-Milliarden-Haushalt wohl nur dann systematisch überprüfen, wenn sie sich einen ziemlich gut dotierten Mitarbeiterstab zulegen würde, welcher die entsprechende Grundlagenarbeit leisten könnte. Das würde, wie das oft bei solchen Unternehmen der Fall ist, zuerst einmal kosten. Es würde im vorliegenden Fall ziemlich viel kosten, weil es mit zwei, drei zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht getan wäre.

Ich erinnere Sie daran, dass der Kantonsrat der Finanzkontrolle einen sehr ähnlich lautenden Auftrag erteilt hat, wie Sie ihn nun hier für die Spezialkommission formulieren. Im Finanzkontrollgesetz heisst es: «Die Finanzkontrolle prüft die Rechtmässigkeit, die Wirtschaftlichkeit, die Zweckmässigkeit, die Sparsamkeit und die Wirksamkeit der kantonalen Aufgabenerfüllung.» Die Finanzkontrolle beschäftigt, um ihrem Auftrag nachkommen zu können, aktuell 24 Personen. Ein Personalbestand, mit dem Sie aber – ich rede hier als Mitglied der Finanzkommission aus Erfahrung – in erster Linie die Rechtmässigkeit des Finanzgebarens der Kantonalen Verwaltung kontrollieren kann. Die anderen, durchaus wichtigen Punkte bleiben in ihrer Mehrheit leider allzu oft nur am Rande geprüft. Sie können also in etwa erahnen, welche personellen Ressourcen nötig wären, um einen Auftrag, wie Sie ihn hier formulieren, überhaupt erfüllen zu können. Wenn Sie diese Kommission wollen, dann kommen Sie nicht umhin, sie auch so auszustatten, dass sie ihren Auftrag erfüllen kann. Wir wissen aber aus Erfahrung, dass die bürgerliche Seite zwar gerne nach Reformen ruft, diese aber nichts kosten dürfen. Wenn sie aber nicht bereit sind, die von Ihnen verlangte Kommission auf eine Basis zu stellen, dass sie den von Ihnen formulierten Auftrag auch erfüllen kann, dann bleibt die Kommission ein Papiertiger. Dann bleibt die Frage, welche Staatsaufgaben sinnvoll und nötig sind und welche wirtschaftlich genug erbracht werden, am Ende in Ermangelung objektivierter Fakten doch wieder nur der jeweilig politischen Beurteilung überlassen. Doch dafür brauchen wir keine Spezialkommission. Dafür haben wir unsere Parteiprogramme.

Die SP-Fraktion wird die Parlamentarische Initiative nicht unterstützen. Wir sind aber, dies als Signal an die FDP, sehr wohl bereit, mir ihr über echte Reformen zu diskutieren. Im Verfassungsrat – Sie mögen sich erinnern, Carmen Walker – war das glücklicherweise zum Teil möglich. Wenn wir an diese fast Allparteien-Koalition der Reform anknüpfen könnten, wäre der Zukunft unseres Kantons wohl deutlich mehr gedient als mit der Einsetzung einer ideologiebehafteten Kommission der Sparer.

Claudio Schmid (SVP, Bülach): Die SVP lehnt die vorläufige Unterstützung der Parlamentarischen Initiative ab. In unserem Staat passiert tatsächlich viel Unnötiges. Eine breite und fundierte Analyse über unsere Aufgaben beziehungsweise über einen Aufgabenverzicht wäre

wünschenswert. Neue Kommissionen bedeuten auch neue Sitzungsgelder und vor allem neue Aufgaben für Politiker, die von der Politik leben.

Zu den wesentlichen Argumenten, weshalb wir das Begehren nicht unterstützen: Das Bilden runder Tische, Sonderkommissionen und sonstiger Foren macht die politische Arbeit nicht einfacher, sondern erschwert sie. Sie erinnern sich, schon das Begehren, man solle eine ständige Flughafenkommission einsetzen, scheiterte bereits in der Geschäftsleitung des Kantonsrates. Die Regierung führt die Verwaltung und sollte laufend Vorschläge zur Ausmerzungen von Bürokratie und Unnötigem einbringen. Ideen und Unnötiges, dazu gibt es eine Menge. Für dieses Vorhaben genügt es, wenn man den Voranschlag, die Jahresrechnung oder den KEF genau studiert.

Unser Fazit: Das Begehren verursacht mehr Bürokratie, mehr Arbeit und deutlich mehr Kosten. Findet man dann Resultate, müsste man wiederum mit Vorstössen etwaige alte Zöpfe abschneiden.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Um es vorwegzunehmen, wir werden die Parlamentarische Initiative nicht unterstützen.

Wir gehen davon aus, dass der FDP-Vorstoss auch nicht sehr glaubwürdig ist. Wir waren einmal an einem runden Tisch, haben miteinander gesprochen und haben nach Lösungen gesucht. Sie haben sich am Schluss dafür entschieden, beim 100-Prozent-Steuerfuss zu bleiben. Damit haben Sie natürlich politisch aufgezeigt, dass Sie nicht bereit sind, konstruktiv mit anderen zusammenzuarbeiten, weil eine konstruktive Lösung nicht nur die Ausgaben beinhalten kann, sondern sie müsste auch die Einnahmen, die Aufgaben, die Reformen und den Saldo betreffen. Das machen Sie aber nicht. Darum wird es nicht so sein, dass eine parlamentarische Kommission bessere Lösungen herbringt, auch wenn wir die Kommission einsetzen. Sie haben Regierungsrätinnen und -räte. Sie könnten sich dort einmal durchsetzen oder mit ihnen Lösungen besprechen. Dass wir hier aber alle die Funktionen machen, macht eigentlich keinen Sinn.

Wir lehnen die Parlamentarische Initiative ab und sind nicht bereit, die Verantwortung auf eine solch billige Art und Weise zu verschieben.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Auch die Grünen werden den Vorstoss nicht vorläufig überweisen.

In der Begründung kann ich mich anschliessen. Im Vorfeld der letzten Budgetdebatte wurde uns eine Anzahl straffende und kürzende Anträge der FDP versprochen. Vielleicht müsste man besser sagen angedroht. Offenbar ist die Parlamentarische Initiative jetzt das Ergebnis. Interessanter wäre gewesen, die FDP hätte uns mitgeteilt, welche staatlichen Leistungen sie kürzen oder gar streichen will. Das hätte uns einen tieferen Einblick ins Staatsverständnis dieser Partei gegeben. Sie aber mauern. Sie sind nur für die Verknappung der Finanzen. Sie lassen – wie das Peter Reinhard schon gesagt hat – den runden Tisch lieber mit Ihren Forderungen platzen, als dass Sie mitarbeiten und gemeinsam Lösungen mit uns finden wollen. Ihre Reformkommission wäre eine reine Koordinations-Arbeitsgruppe. Sie wäre auf das Know-how der Sachkommissionen angewiesen und könnte am Schluss der ganzen Kaskade ein «Berichtli» schreiben. Dies bläht den parlamentarischen Apparat wirklich nur überflüssig auf. Letztlich kostet es mehr, als es tatsächlich bringen würde. Das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon ausgeführt.

Wir werden in diesem Sinn ganz sicher nicht zustimmen.

Urs Grob (SP, Adliswil): Die Parlamentarische Initiative fordert eine Kommission, die über die bisherige Aufgabe des Parlaments, das Budget zu prüfen und zu genehmigen mit Anträgen oder minimal einem Bericht dafür sorgen müsste, den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung herzustellen, falls dieser absehbar verfehlt wird. Die so genannte Reformkommission würde damit also einen aktiven Beitrag zur Budgeterstellung und darüber hinaus zur Finanzplanung leisten wollen. Ob sich eine solche Kommissionsaufgabe in die etablierten parlamentarischen Prozesse einfügen liesse und wie sie mit der Finanzkontrolle zu koordinieren wäre, dahinter hat Stefan Feldmann schon die angebrachten Zweifel gesetzt. Er hat auch die Frage formuliert, wie viel Zeit und Geld ihre Arbeit kosten würde.

Man kann den Initiantinnen gute Absicht unterstellen und einmal davon absehen, dass die Umsetzung der Parlamentarischen Initiative zu einer gewissen prozessualen Unordnung und zu finanziellen Belastungen führen würde. Doch kann man daran vorbei kommen, dass der Kantonsrat immer beim Verfehlen des mittelfristigen Ausgleichs unter der lockeren Formulierung «trifft die für ihre Arbeit notwendigen, verfahrensmässigen und personellen Vorkehrungen» einer Kommission einen Blankocheque für eine Tätigkeit ausstellt, die man wohl nicht anders als verwaltungsmässig bezeichnen kann. Die Kommission

würde sich damit in die Aufgaben der Finanzkommission und der Finanzkontrolle einmischen und sich finanzplanerische Kompetenzen der Verwaltung respektive des Regierungsrates aneignen und – das ist der springende Punkt – diese umsetzen in selbstständige, geschäftsunabhängige Anträge an den Kantonsrat. Ob da die verfassungsmässige Ordnung noch eingehalten ist – dahinter setzen wir ein Fragezeichen.

Wir sind nicht gegen starke Parlamente, aber wir wollen keine parlamentarische Superkommission, die sich nur auf dem Hintergrund einer staatshaushälterischen Negativlage mit den Staatsaufgaben beschäftigt. Das ist doch eine etwas defensive Haltung, sich nur an knappen Mitteln zu orientieren und zu fragen, ob es noch nötig sei. Das genügt doch für eine grundsätzliche Beschäftigung mit den Staatsaufgaben als Ganzes nicht. Eine gewisse Aufgabenorientierung und die Frage, was es langfristig bringe, wären da zwingend auch noch gefordert.

Wir wollen diese Kommission auch darum nicht, weil sie mit einer im gewissen Sinn etwas perversen Logik installiert wird. Unverfroren ruft der Rat zur Reform, der in der ihm eigenen Aufgabe nicht versteht, den Steuerfuss so zu bemessen, dass der Haushalt im Lot bleibt. Die Öffentlichkeit muss als zynisch empfinden, wenn dieselbe Behörde, der Kantonsrat, der selber Teil des Problems ist, beim Verpassen des mittelfristigen Ausgleichs dann ein aus ihm gesondert alimentiertes kantonsrätliches Betätigungsfeld macht. Diese Schwarzhumorigkeit wollen wir in der Zürcher Politik nicht und hoffen, dass Sie es auch nicht wollen und die Parlamentarische Initiative mit uns nicht vorläufig unterstützen.

Richard Hirt (CVP, Fällanden): Nachdem abzusehen ist, dass die Parlamentarische Initiative scheitern wird, will ich mich nicht mehr in alle Details auslassen, sondern mich kurz beschränken. Es ist sicher Aufgabe der Sachkommissionen, über die Budgets zu beraten und auch die entsprechenden Weichen zu stellen. Die Finanzkommission, die natürlich die Klammer bilden soll, müsste sich etwas reformieren, dass sie etwas mehr in die Gesamtmechanik der Budgets eingreift und etwas weniger den Lotteriefonds hin- und herberät. Wir haben im Rahmen der möglichen Aufsicht über die Spitäler in der Geschäftsleitung eine Kommission ins Leben gerufen gehabt, um zu schauen, wie die Kommissionen arbeiten. Es hat sich gezeigt, dass ein gewisser kleiner Handlungsbedarf besteht, dass aber grundsätzlich die Sachkommissionen sehr gut arbeiten und die Aufsichtskommissionen mehr

oder weniger auch. Dass immer wieder Reformen notwendig sind, ist sicher richtig. Die Mechanik des heutigen Systems muss aber aufrecht erhalten bleiben, sonst gibt es Schnittstellenprobleme zwischen den verschiedenen Kommissionen, die für die Budgets zuständig sind, die noch nicht abzusehen sind.

Wir lehnen die Parlamentarische Initiative ab.

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Sie verzichten hier und jetzt aus unterschiedlichem politischen Kalkül auf eine starke Möglichkeit, als Kantonsrätinnen und Kantonsräte selber politischen Einfluss zu nehmen. Ich frage mich: Ist es vielleicht bequemer, den schwarzen Peter einfach der Regierung zu übergeben und damit in eine sehr defensive Haltung zu gelangen? Es geht nicht um Ausgabenüberprüfung, sondern um eine Aufgabenüberprüfung. Wie ich sehe, tut das die Linke aus lauter Angst, nicht weil man erwartet, dass spätestens am Schluss in einem Bericht etwas über Sparmassnahmen stehen könnte. Eine Ad-hoc-Kommission, die beginnt und wieder mit einem Bericht aufhört, kann ihre Arbeitsweise anfänglich selber definieren und kann dann zu einem Bericht gelangen. So ist es schon öfters geschehen.

Die SVP ihrerseits hält wohl daran fest, dass für eine Aufgabenüberprüfung die Regierung zuständig ist. So will sie das Problem sehr elegant weiter delegieren. Obschon sie sich den Sparauftrag auf die Fahne geschrieben hat, könnte sie eine vorläufige Unterstützung gewähren.

Die CVP erkennt – das ist immerhin tröstlich –, dass eine Notwendigkeit besteht, dass man zum Beispiel in der bestehenden Kommission, in der Finanzkommission, einen Ansatz wagen könnte.

Ich halte für meine Fraktion fest, dass das Thema, auch wenn Sie uns nicht einmal die vorläufige Unterstützung gewähren, für uns nicht erledigt ist. Insbesondere werden wir die neue Kommissionsarchitektur daran messen, ob unser Anliegen darin berücksichtigt wird.

Ich bitte Sie nochmals, nehmen Sie das Zepter in die Hand, bekennen Sie Farbe und unterstützen Sie unsere Parlamentarische Initiative.

Abstimmung über das Zustandekommen der vorläufigen Unterstützung
Für die vorläufige Unterstützung der Parlamentarischen Initiative stimmen 25 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

Erklärung der SVP-Fraktion zur Straftat eines Straftäters im Urlaub.

Alfred Heer (SVP, Zürich): Mit grossem Befremden haben wir gestern der NZZ am Sonntag entnommen, dass wiederum ein verwahrter Straftäter mit Segen der zuständigen kantonalen Behörden auf Urlaub Straftaten begehen konnte, die stark an seine früheren Taten erinnert haben. Besonders schockierend sind die zitierten Aussagen des Pöschwies-Direktors Ueli Graf, welcher im Artikel betont, dass der Mann kein Hochrisiko-Täter sei.

Wenn ein Mann, welcher mindestens fünf Vergewaltigungen von Prostituierten und Taxifahrerinnen begangen hat – davon einmal im Hafturlaub –, kein Hochrisiko-Täter ist, dann frage ich Sie, was ein Hochrisiko-Täter ist. Muss tatsächlich zuerst eine Frau sterben, nur weil Psychiatern und Gefängnisdirektoren und Angestellten der Justizdirektion das freie Leben eines Verwahrten offensichtlich wichtiger ist als die Sicherheit von Frauen in unserem Land? Dass man ein schweres Gewaltdelikt an einem Menschen in Kauf nimmt, nur weil man einem Langzeit-Inhaftierten nicht dem Leben ausserhalb der Gefängnismauern entfremden will, ist nach Auffassung der SVP eine Rechtsperversion sondergleichen und wird von der Mehrheit der Bevölkerung auch nicht verstanden.

Am 29. Juli 2006 wurde durch die Justizdirektion eine Medienorientierung durchgeführt. Anlass dafür war die Antwort auf die Interpellation von Barbara Steinemann (252/2005) bezüglich eines Verwahrten, welcher im Urlaub Kinderpornographie in einem Internetcafé konsumiert hat. Obwohl zum Zeitpunkt dieser Medienorientierung der Sachverhalt, wie gestern in der Sonntagspresse beschrieben, vollumfänglich bekannt war, wurde dieser Fall verschwiegen. Ein solches unkorrektes Verhalten seitens der Behörden schürt Misstrauen. Was hat man zu verstecken? Gibt es noch andere Fälle, welche nicht bekannt gegeben werden? Besonders befremdend ist auch die Tatsache, dass der Justizdirektor gemäss seinen eigenen Angaben über den Vorfall, wie in der Sonntagspresse geschildert, nicht orientiert gewesen sei. Da stellt sich die Frage, wieso der Justizdirektor über diesen gravierenden Vorfall nicht orientiert worden ist. Wäre etwas noch Schlimmeres passiert, könnte sich der Justizdirektor wohl kaum mit dem Hinweis aus der Affäre ziehen, dass er von nichts gewusst habe. Der Justizdirektor scheint offensichtlich nicht im Bilde darüber zu sein, wie fahrlässig in seinem Departement gearbeitet wird. Die SVP

erwartet, dass die Justizdirektion solche Vorkommnisse unverzüglich und unaufgefordert öffentlich macht. Dies liegt im Interesse eines glaubwürdigen Strafvollzugs.

Die SVP wird deshalb heute eine Interpellation (220/2006) einreichen, um Klarheit in diese Justizaffäre zu bringen. Im Interesse der Sicherheit der Zürcher Bevölkerung bitten wir den Regierungsrat, diese Interpellation vollumfänglich zu beantworten. Wir sind auch nach wie vor der Ansicht, dass eine persönliche Verantwortung für Fehlentscheidungen von Erfüllungsgehilfen des Staates in diesem Bereich zu einer wesentlich sorgfältigeren Praxis der Haftgewährung führte. Wir entnehmen der Interpellation Barbara Steinemann 252/2005, dass die Regierung zum einen den spezialisierten Psychiatern freie Hand lässt, grundsätzlich für Freigänge von Gewalt- und Sexualstraftätern plädiert und damit notabene unausgesprochen die Möglichkeit einer Wiederholungstat in Kauf nimmt, die Verantwortlichen aufgrund der Gesetzeslage aber kaum zu belangen und zur Verantwortung zu ziehen sind, und der Regierungsrat auch nicht bereit ist, die entsprechende gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Die SVP-Fraktion wird in den kommenden Ratssitzungen Vorstösse einreichen, damit diese gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.

Verschiedenes

Rücktritt eines Schiedsrichter im Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten des Kantons Zürich

Ratssekretär Raphael Golta verliest das Rücktrittsschreiben von Ernst R. Sturzenegger: «Ende Dezember 2001 fragte mich lic. iur. Ernst, der Sekretär des obgenannten Schiedsgerichts an, ob ich bereit wäre, die Funktion eines Schiedsrichters noch für eine weitere ganze Amtsdauer zu übernehmen. Man kenne für dieses Alter keine Altersgrenze.

Da ich mich damals noch gesund und unternehmungslustig fühlte, sagte ich zu, und der Regierungsrat hat mich im Januar 2002 für eine weitere Amtsdauer, das heisst bis Ende 2007 bestätigt.

Leider bin ich Ende Oktober 2005 recht schwer erkrankt, und ich habe mich von dieser Krankheit immer noch nicht vollständig erholt. Ich möchte deshalb meine beruflichen Verpflichtungen weiter reduzieren.

Dazu kommt noch, dass die zukünftigen Streitfälle wahrscheinlich das neue Tarmed-Tarifsystem betreffen werden. Da ich meine Praxis vor zwei Jahren einem jüngeren Kollegen übergeben habe, habe ich mit Tarmed keine Erfahrung.

Ich möchte deshalb vor Ablauf der Amtsdauer von meinem Amt zurücktreten und bitte Sie, mein Rücktrittsgesuch zu bewilligen.»

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ernst Sturzenegger, Schiedsrichter in Sozialversicherungsstreitigkeiten, ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf Paragraf 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat über den Rücktritt zu entscheiden.

Ich gehe davon aus, dass Sie mit diesem Rücktritt einverstanden sind.

Das ist der Fall. Der Rücktritt per sofort ist genehmigt.

Ich bitte die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Rücktritt als Ersatzoberrichter

Ratssekretär Raphael Golta verliest das Rücktrittsschreiben von Martin Burger: «Infolge meiner am 3. Juli 2006 erfolgten Wahl als Oberrichter erkläre ich hiermit meinen Rücktritt als Ersatzoberrichter auf den 31. August 2006.»

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ersatzoberrichter Martin Burger ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf Paragraf 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat über den Rücktritt zu entscheiden.

Ich gehe davon aus, dass Sie einverstanden sind.

Das ist der Fall. Der Rücktritt per 31. August 2006 ist genehmigt.

Ich beauftrage die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Rücktritt aus der Kommission für Staat und Gemeinden

Ratssekretär Raphael Golta verliest das Rücktrittsschreiben von Hugo Buchs: «Ich trete als Mitglied der Kommission für Staat und Gemeinden zurück auf den Zeitpunkt der Nachfolgewahl. Den Zeitpunkt für diesen Rücktritt habe ich so gewählt, dass die kommende Budgetberatung in der Kommission von meiner Nachfolge bestritten werden kann.

Sehr gerne war ich Mitglied der Kommission. Für Winterthur hätte ich mich in der Kommission gerne mit dem neuen kantonalen Finanzausgleich auseinander gesetzt. Nur ist diese Vorlage leider in dieser Amtszeit nicht zur Beratung gelangt.

Auch wenn ich selber nicht zu den aktivsten Mitgliedern gehörte, habe ich die Arbeit aufmerksam mitverfolgt. Die Stimmung in der Kommission und das Verhältnis zu den anderen Mitgliedern machte mir immer Freude. Ich danke allen dafür und wünsche der Kommission, dass es so bleiben mag.»

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ich bitte die Interfraktionellen Konferenz, die Nachfolge zu regeln.

Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission

Ratssekretär Raphael Golta verliest das Rücktrittsschreiben von Josef Wiederkehr: «Da ich die Nachfolge von Urs Hany in der Kommission für Planung und Bau antreten werde, sehe ich mich leider veranlasst, per 31. August 2006 den Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission bekannt zu geben.

Ich freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.»

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ich bitte die Interfraktionellen Konferenz, die Nachfolge zu regeln.

Rücktritt aus dem Kantonsrat

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Sie haben am 26. Juni 2006 dem Rücktrittsgesuch von Urs Hany stattgegeben. Heute nun ist der Tag des Rücktritts gekommen.

Ratssekretär Raphael Golta verliest das Rücktrittsschreiben von Urs Hany: «Ab dem nächsten Jahr darf ich als Nationalrat in Bern eine neue politische Herausforderung in Angriff nehmen. Aus diesem Grund erkläre ich hiermit meinen Rücktritt als Kantonsrat und ersuche Sie um Entlassung aus dem Kantonsrat per August 2006.

Meine Tätigkeit als Kantonsrat hat mich grösstenteils befriedigt und mir den politischen Horizont als Parlamentarier erweitert. Abwechslungsreich und interessant war für mich insbesondere die Kommissionsarbeit, durfte ich doch während den vergangenen Jahren in drei verschiedenen Kommissionen mitarbeiten.

Ich bin überzeugt, dass mir gerade die Kommissionsarbeit für meine zukünftige politische Tätigkeit eine wertvolle Erfahrung sein wird.

Vor allem dankbar bin ich für all die guten und kollegialen Kontakte, die ich mit vielen von ihnen pflegen durfte. Ich hoffe sehr, dass auch in Zukunft diese Begegnungen mit daraus resultierenden Gesprächen und Diskussionen weiter stattfinden können und werden.

Ich wünsche Ihnen allen in Ihrem politischen Wirken und Handeln nur das Beste, persönliche Befriedigung und hie und da in der Sachpolitik etwas mehr Offenheit und Weitblick über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg.

Machets guet und blybet gsund!»

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Urs Hany ist im Frühjahr 2002 für die CVP in den Kantonsrat eingetreten. Er hat damals das Mandat von Beat Jaisli im Wahlkreis Dielsdorf übernommen. Sehr bald schon liess sich Urs Hany in die ständige Sachkommission für Justiz und öffentliche Sicherheit abordnen. Ihr hatte er bis zum heutigen Tag angehört. In den vergangenen zwei Jahren engagierte sich unser scheidender Kollege zudem in der Kommission für Planung und Bau. Dabei haben sich dieses Gremium und der diplomierte Bauingenieur aus Niederhasli wohl gegenseitig befruchtet. Zwischenzeitlich war Urs Hany auch Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

In der verhältnismässig kurzen Zeit, die Urs Hany im Kantonsrat verbracht hat, haben wir ihn als vielseitigen und hoch engagierten CVP-Politiker kennen und schätzen gelernt. Sein politisches Spektrum war von einer grossen Breite gekennzeichnet, reichte es doch vom Flughafen über das Hundegesetz bis zu Wirtschaft und Kanalisationsgleichbehandlung. Typisch für einen Angehörigen einer mittleren Kleinpartei war auch sein umfassendes Engagement in den Strukturen seiner Partei, sei es als Präsident der Kantonalpartei, sei es als Koordinator der Wahlkampagne für den heutigen Regierungsrat Hans Hollenstein.

Nun wird Urs Hanys erfolgreiche politische Laufbahn mit dem Einzug in den Nationalrat gekrönt, wozu ich ihm weiterhin Erfolg, aber auch harte Ellenbogen wünsche.

Für seine dem Stand Zürich bisher geleisteten wertvollen Dienste danke ich Urs Hany herzlich und wünsche ihm auch persönliches Wohlergehen.» (*Applaus.*)

475 Jahre Kappeler Landfrieden

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ich erinnere Sie daran, dass um 11 Uhr die Busse abfahren. Für die Busfahrt zur Feier in Kappel am Albis ergibt sich aber leider eine kurzfristige Änderung. Weil der aktuelle Stand der Bauarbeiten am Limmatquai keine Zufahrt zur Rathausbrücke zulässt, erwarten uns die beiden Postautos auf dem Münsterhof. Es ist dies der grosse Platz auf der Westseite des Fraumünsters. Ich bitte Sie also, am Münsterhof zuzusteigen.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Erhaltung und Erneuerung der Strassenräume und Ortsbilder der Dörfer und Städte im Kanton Zürich**
Motion Peter Weber (Grüne, Wald)
- **GATS und der Kanton Zürich**
Postulat Andrea Kennel Schnider (SP, Dübendorf)
- **Programm zur Pflanzung von Alleen**
Postulat Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti)
- **Erziehung im Vorschulalter**
Postulat Susanne Rusca Speck (SP, Zürich)
- **Verwahrte dürfen in Zürich alleine auf die Piste II**
Interpellation Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf)
- **Badequalität in den Zürcher Flüssen und Seen**
Anfrage Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich)
- **Verkehrs-Sicherheit auf der Forchautostrasse (Egg–Hinwil)**
Anfrage Hans Jörg Fischer (SD, Egg)
- **Tierheime im Kanton Zürich**
Anfrage Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)
- **Lehrermangel auf der Sekundarstufe B trotz gesättigtem Stellenmarkt**
Anfrage Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf)
- **Finanzielles Engagement der Beamtenversicherungskasse des Kantons Zürich beim Ferienverein Poscom**
Anfrage Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)

Schluss der Sitzung: 10.55 Uhr

Zürich, 21. August 2006

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 4. September 2006.